

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d

Inhalt

41. Jahrgang / 126

8. Juli 1986

Manfred Reimann MdB fordert, das Vorsorgeprinzip im Umweltschutz auch am Arbeitsplatz durchzusetzen: Über 6.000 Opfer des Berufskrebses mahnen.

Seite 1

Dr. Rolf Linkohr MdEP bestreitet die Ansicht der Bundesregierung, Äthanolproduktion könne Agrarprobleme beseitigen: Weder ökonomisch noch ökologisch haltbar.

Seite 4

Konrad Kunick bekundet die Trauer der Bremer Sozialdemokraten um ihren Landesvorsitzenden Hans Dieter Müller: Wir haben einen engagierten Kämpfer für den Frieden verloren.

Seite 5

Dokumentation
Vertreter internationaler Organisationen und Entwicklungshelfer in Nicaragua haben an die Regierungen in aller Welt appelliert, Nicaragua bei seinem Streben um Frieden und Aufbau zu unterstützen. Wortlaut

Seite 6

Über 6.000 Opfer des Berufskrebses jährlich mahnen

Das Vorsorgeprinzip im Umweltschutz muß endlich auch am Arbeitsplatz durchgesetzt werden

Von Manfred Reimann MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und Mitglied des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages

In den letzten Wochen hat sich das Bewußtsein in der Öffentlichkeit dafür geschärft, daß die Gefahren durch eine von Menschenhand veränderte Umwelt viel größer sind, als wir es bisher vermuteten. Das gilt auch und insbesondere für die chemische Industrie, denn auch hier hat sich ein Bewußtseinswandel in Fragen der Anwendung chemischer Technologie und chemischer Produkte vollzogen. Immer wieder wird die Öffentlichkeit mit Skandalen, verursacht durch die chemische Industrie, überrascht. Fälle von Trinkwasserverseuchung, Nahrungsmittelvergiftungen et cetera lernen viele Menschen das Fürchten.

Zum einen verweist der Verband der chemischen Industrie (VCI) in seiner ablehnenden Stellungnahme zum neuen Chemie-Konzept der SPD-Bundestagsfraktion auf den hohen Sicherheitsstandard chemischer Produktionsanlagen in der Bundesrepublik. Es ist auch unbestritten, daß wir uns weitgehend auf die Eigenüberwachung in der chemischen Industrie verlassen können, zumal die kommunalen Behörden und Gewerbeaufsichtsämter schon aufgrund ihrer personellen Ausstattung nicht zu einer umfassenden Überwachung der Sicherheitsstandards in Großbetrieben wie etwa bei der BASF in Ludwigshafen in der Lage wären.

Zum anderen muß es doch nachdenklich stimmen, daß die Vertreter der chemischen Industrie trotz ihrer vermeintlich weißen Westen mit unserer Konzeption wieder einmal die Gefahr des staatlichen Dirigismus heraufziehen sehen. Es gab und gibt immer Unternehmen und Branchen, die erst Maßnahmen ergreifen, wenn Auflagen, Verordnungen, Gebote und Verbote sie dazu zwingen.

Oft habe ich in der chemischen Industrie schon das Argument gehört: Solange keine gesetzlichen Auflagen vorgeschrieben sind,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellungsumweltschutz
aus 100% Recycling-Papier



werden wir schon aus Wettbewerbsgründen keine zusätzlichen Investitionen im Umweltschutz vornehmen, weil sie nicht gewinn- sondern kostenträchtig sind. Das Bewußtsein, daß Umweltschutzmaßnahmen sehr wohl für den Hersteller der Umweltschutzanlagen Gewinne und Arbeitsplätze bedeuten können, setzt sich nur langsam durch.

Die Industrie selbst hat zu viele schwarze Schafe, die sich in fahrlässiger Weise einseitig an ihrem Gewinnstreben orientieren. Man denke an Beispiele wie den Chemie-Skandal in Hamburg oder auch an das schlimme Unglück im indischen Bopal, das bei uns ja angeblich nie passieren könnte. Das Dilemma unserer derzeitigen Umweltpolitik beruht auf zwei Problemen:

1. Unser Nichtwissen über Gefahren der Umwelt und hier insbesondere über die Wirkung chemischer Stoffe ist nach wie vor größer als unser Wissen.
2. Die geltenden Umweltgesetze müssen auch angewendet werden. Schon vor zehn Jahren beklagte der Präsident des Bundesamtes für Umweltschutz, Dr. Heinrich Freiherr von Lersner, daß sich zwar „der Stand der Umweltgesetzgebung in diesem Lande ... trotz noch vorhandener Mängel, in der Welt sehen lassen (kann). Mängel liegen aber in der Vollziehbarkeit dieser Gesetze.“

Aus der ersten Einsicht gilt es die folgende Konsequenz zu ziehen: Wir brauchen mehr denn je die Durchsetzung des Vorsorgeprinzips im Umweltschutz.

Das gilt vor allem auch für die Vorsorge am Arbeitsplatz, den Arbeitsschutz. Über das gesamte Ausmaß an gesundheitlichen Schädigungen am Arbeitsplatz gibt es bisher keine exakten Aussagen, sondern nur Schätzungen. Hierzulande gibt es kein System zur Erfassung arbeitsbedingter Erkrankungen, geschweige denn einen Überblick über potentielle Gefahrenquellen am Arbeitsplatz. Die registrierten Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten umfassen nur einen kleinen Teil des wirklichen Geschehens. Während die Krebskrankheit mit an die Spitze der Todesursachen der Menschen in der Bundesrepublik gerückt ist, gibt es immer noch kein bundesweites Krebsregister.

Nach vorsichtigsten Schätzungen gibt es in der Bundesrepublik jährlich 6.000 Berufskrebstote. Von den Berufsgenossenschaften werden allerdings nur maximal zwischen 100 und 200 dieser Fälle als berufsbedingte Erkrankungen anerkannt. Die Beweislast liegt bei den betroffenen Arbeitnehmern beziehungsweise bei ihren Angehörigen. Hier gilt es, die Beweislast umzukehren und den Sozialstarke, den Unternehmern, zu übertragen, die in diesen Fällen Verursacher sein können.

Die Zahlen illustrieren die Wichtigkeit der Durchsetzung des Vorsorgeprinzips am potentiell gesundheitsgefährdenden Arbeitsplatz. Um so mehr müssen wir aufpassen, daß der Arbeitsschutz nicht zur Nebengroße des Umweltschutzes degradiert wird. Es ist notwendig, daß Betriebsräte, Vertrauensleute und Belegschaften mehr Rechte erhalten.

¶

Unser neues Konzept für eine Chemiepoltik sieht folgende Punkte zur Verstärkung der Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer vor:

1. Erweiterung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates - betriebliche Gestaltung von Arbeit und Technik;
2. Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes: Ausweitung der Informations-, Anhörungs- und Erörterungsrechte der Arbeitnehmer;
3. mehr Qualifizierungsmaßnahmen für die Arbeiter in Branchen, in denen mit gefährlichen chemischen Stoffen umgegangen wird;
4. Regelung der Unterrichtspflichten des Arbeitgebers über mögliche Gesundheitsgefährdungen;



5. Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften zur Berücksichtigung chemischer Gefahren für Mensch und Umwelt;
6. Sicherheitsdatenblätter müssen aussagekräftiger und verbindlicher werden. Ihre Zugänglichkeit für Arbeitnehmer, Vertreter und Kunden muß verbessert werden;
7. regelmäßige Information der Beschäftigten, die mit Chemikalien umgehen, über Wirkungsweisen und Gefahren der Stoffe, muß auch tatsächlich erfolgen;
8. generelle Informationspflicht darüber, ob ein Betrieb unter die Störfallverordnung fällt, und welche Schutzmaßnahmen vorgesehen sind.

Das zweite Problem ist der Vollzug geltenden Rechts. So ist beispielsweise die neue Gefahrstoffverordnung, die voraussichtlich im Herbst dieses Jahres in Kraft tritt, ein beachtenswerter umweltpolitischer Fortschritt. Ob sie tatsächlich umgesetzt wird, ist noch fraglich.

Nach meiner Erfahrung arbeitet beispielsweise die sogenannte MAK-Kommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die jährlich eine Liste der maximalen Arbeitsplatz-Konzentration gesundheitsschädlicher, gefährlicher Arbeitsstoffe am Arbeitsplatz aufstellt, viel zu schwerfällig. Dies führt wieder zur Verzögerung der für die betroffenen Arbeitnehmer so wichtigen Schutzmaßnahmen.

Gefährliche Stoffe dürfen nicht erst aus dem Verkehr gezogen werden, wenn ihre Gefährlichkeit wissenschaftlich eindeutig nachgewiesen ist. Ein begründeter Verdacht muß ausreichen, um bis zur endgültigen Klarstellung den Arbeitnehmer zu schützen.

In dieser Situation darf der Arbeitsschutz nicht zugunsten des allgemeinen Umweltschutzes vernachlässigt werden, er muß vielmehr an Bedeutung gewinnen. Das muß auch organisatorisch gesichert bleiben und weiter ausgebaut werden.

Nach dem Chemikaliengesetz ist die dem Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit unterstellte Anmeldestelle der Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund für die Registrierung aller neuen Arbeitsstoffe zuständig. Das muß auch weiterhin so bleiben. Dem Verdacht, daß der Arbeitsschutz zur Zuständigkeit des Umweltbundesamtes in Berlin und letztlich dem neuen Umweltministerium unterstellt werden soll, darf keine Nahrung gegeben werden. Die bewährte Struktur - einerseits die Bundesanstalt für Arbeit als Anmeldestelle und Bewertungsstelle für Arbeitsschutz jeweils in Dortmund, andererseits Bewertungsstelle für Verbraucherschutz in Berlin und für die allgemeinen Umweltschutzfragen das Umweltbundesamt in Berlin - darf nicht aufgegeben werden. Behördlich integriert in ein allgemeines Schutzziel Umweltschutz, würde der Arbeitsschutz zu kurz kommen und vielleicht an Wirkung verlieren. Zentrale Länderregelungen sind dafür Beispiele.

Es besteht die Gefahr, den Arbeitsschutz zu vernachlässigen zugunsten der allgemeinen Umweltpolitik und auch der dringend notwendige Vollzug der Gefahrstoffverordnung kann im Kompetenzgerangel zu kurz kommen. Das könnte zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führen, was wir unter allen Umständen vermeiden wollen. (8.7.1986/rs/ks)

* * *

Athanolproduktion kann Agrarprobleme nicht beseitigen

Die Haltung der Bundesregierung ist weder ökonomisch noch ökologisch zu verantworten

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP

Obmann der Sozialistischen Fraktion im Ausschuß für Energie, Forschung und Technologie
des Europäischen Parlaments

Große Hoffnungen wurden geweckt: Bioäthanol als Zauberwort zur Bewältigung der riesigen Überschußprobleme des Agrarmarktes der Europäischen Gemeinschaft. Aus den Überschüßbergen soll ein Treibstoffzusatz werden. Hoffnungen, die geweckt wurden von der deutschen Bundesregierung und vor allem von der CDU-beziehungsweise CSU-Landesregierung in Niedersachsen und Bayern. Das sogenannte „Albrecht-Papier“, also das agrarpolitische Programm der CDU, ist der bisherige Höhepunkt dieser Kampagne.

Die anfängliche Euphorie jedoch ist bei fast allen Experten inzwischen einer realistischen Betrachtungsweise gewichen. Dennoch beabsichtigt die Bundesregierung, in der Europäischen Gemeinschaft ein kostenintensives Programm voranzutreiben, um in der EG industriemäßig in die Äthanolproduktion einzusteigen.

Dem wird das Europäische Parlament in dieser Woche eine klare Absage erteilen. Der Energieausschuß hat auf meine Vorarbeit dem Parlament einen Bericht vorgelegt, aus dem deutlich die wirtschaftliche aber auch ökologische Unverantwortbarkeit der Haltung der Bundesregierung hervorgeht. Nur wenige der Vertreter der Agrarlobby im Europäischen Parlament sind übrig geblieben, die sich für den Einstieg in die Milliardensubventionen für die Äthanolherstellung stark machen werden. Sie werden wie die Bundesregierung die EG auffordern, die bisherigen Exporterstattungen für Getreide in eine neue Äthanolindustrie umzulenken. Mit dieser Schlitzohrigkeit soll dem Steuerzahler vorgemacht werden, er brauche ja nicht mehr Geld aufzuwenden, um die Überschüsse zu beseitigen.

Diese von der Bundesregierung vertretene Absicht steht in krassem Widerspruch zu dem forschungspolitischen Engagement von Europäischem Parlament und EG-Kommission. Jede Mehrausgabe bei der Agrarpolitik, jede Fehlsteuerung von knappem Geld, bringt die EG-Forschungspolitik in Gefahr. Da die Biotechnologie ein Schwerpunkt des künftigen EG-Mehrforschungsprogrammes sein soll, geht es auch ihr an den Kragen. Dies ist gerade wegen der Landwirtschaft bedauerlich. Denn längerfristig gibt es durchaus eine vorteilhafte Verbindung zwischen Landwirtschaft und Biotechnologie.

Bevor man jedoch unabsehbare Folgen eingeht, vor allem bevor man Riesenausgaben vorprogrammiert, sollte man sich ein klares Bild der Auswirkungen machen und erst danach Entscheidungen treffen. In meinem Bericht plädiert der Energieausschuß daher für unterschiedliche Modell-, Versuchs- und Forschungsprojekte für die Nutzung der Biotechnologie in der Landwirtschaft, auch für die Äthanolproduktion. Schnellschüsse können uns aus der schwierigen Situation nicht befreien. Vielmehr sind Aufrichtigkeit und strukturelle Maßnahmen in der EG-Agrarpolitik, die die Erzeugung der Überschüsse verhindert, erforderlich. Die Forschung muß sich dabei auf lohnende Zukunftsziele richten. Mit Milliarden-Subventionen für die Überschüßerzeugung bei Getreide, Milch oder Wein aber verspielen wir unsere Zukunft, auch und gerade die der Landwirtschaft.

(-/8.7.1986/rs/ks)

* * *



Wir haben einen engagierten Kämpfer für den Frieden verloren

Zum Tod von Hans Dieter Müller, Landesvorsitzender der SPD Bremen

Von Konrad Kunick
SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bürgerschaft Bremen

Die Nachricht vom Tode meines Freundes Hans Dieter Müller hat mich zutiefst bestürzt. Nicht nur ich persönlich, die bremische und die deutsche Sozialdemokratie haben mit Hans Dieter Müller einen engagierten und überzeugenden Kämpfer für Frieden und Abrüstung, gegen den Wahn der Atomenergie und für Glaubwürdigkeit in der Politik verloren.

Bereits in den knapp vier Monaten als Landesvorsitzender hat Hans Dieter Müller überlegen und umsichtig politische Akzente gesetzt. Die Diskussion in der bremischen SPD nach der Katastrophe im sowjetischen Atomkraftwerk Tschernobyl und um den Ausstieg aus dieser Technologie hat er maßgeblich beeinflusst. Auch hierbei hat er sich vor allem davon leiten lassen, daß die SPD die Sorgen der vielen Bürger ernst nehmen muß und nicht plakative Formeln, sondern stimmige und glaubwürdige Antworten auf die Fragen der Zeit geben muß.

Nicht nur in unseren Reihen hinterläßt der Politiker, Schriftsteller, Filmschaffende und Hochschul-
experte eine Lücke, die zu schließen schier unmöglich scheint. Der entschiedene Friedenskämpfer Hans Dieter Müller, dessen Engagement weit über die Grenzen unserer Partei Anerkennung und Beachtung gefunden hat, hat nicht erst als SPD-Landesvorsitzender, sondern auch zuvor als Vorsitzender des Unterbezirks Bremen-Ost von 1980 bis 1986 und in anderen Funktionen das Bild der Bremer SPD als einer um Abrüstung, Ausgleich und Verständigung zwischen den Machtblöcken und allen Völkern dieser Erde ringenden Partei nachhaltig bestimmt.

(-/8.7.1986/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

„Für das Streben nach Frieden und Entwicklung in Nicaragua einsetzen“

85 Mitarbeiter Internationaler Organisationen sowie staatlicher oder kooperativer Entwicklungsprogramme in Nicaragua haben die Regierungen und internationalen Organisationen in aller Welt dazu aufgerufen, einen Beitrag zur Herstellung des Friedens und zum Aufbau des zentralamerikanischen Landes zu leisten. Wir veröffentlichen den Appell im Wortlaut.

„Wir, die Unterzeichneten, Experten und Techniker im Dienste multilateraler Organisationen und gemeinschaftlicher, staatlicher Entwicklungsprogramme in Nicaragua, rufen die Weltöffentlichkeit, die internationalen Organisationen und die Regierungen der Welt auf, sich zusammenschließen in dem Bemühen, eine Beendigung des Krieges in Nicaragua herbeizuführen.

Unsere tägliche Arbeit mit jenen, denen Mittel und Ressourcen unserer Organisationen zugedacht sind, hat uns vor Augen geführt, daß es die Armen Nicaraguas in den verschiedenen Regionen des Landes sind, die die ungeheure Last des Krieges unmittelbar zu tragen haben. Uns, den Zeugen ihres Leidens, ist klar geworden, welche ungeheuren Kosten und Einschränkungen der Krieg den Armen auferlegt.

12.000 Zivilisten haben bereits mit ihrem Leben für den Krieg bezahlt, und noch mehr werden bezahlen - für einen Krieg, der keinen Unterschied macht zwischen Kindern und Erwachsenen, Männern und Frauen, Einheimischen und Ausländern. Außerdem hat dieser Krieg die Vertreibung zehntausender von Landbewohnern, die Umleitung der zur Verfügung stehenden Ressourcen in die Verteidigung, ein Einfrieren der staatlichen Sozialprogramme aufgrund mangelnder Mittel sowie die Schädigung der nicaraguanischen Produktion und Wirtschaftsstruktur zur Folge gehabt. Diese Kriegsfolgen unterminieren die Entwicklungskapazität Nicaraguas und zwingen das Land, eine Überlebenswirtschaft zu betreiben, die kurz- und langfristige Alternativen für ein wirtschaftliches Wachstum behindert.

Ungeachtet unserer politischen Ausrichtung haben wir, die wir an der Verwirklichung gemeinschaftlicher Entwicklungsprogramme direkt beteiligt sind, das Ziel, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Dieses Anliegen zwingt uns, uns vor Augen zu führen, daß die günstigen Entwicklungsbedingungen der vergangenen Jahre der Inangriffnahme ehrgeiziger Projekte zur sozialen und wirtschaftlichen Verbesserung förderlich waren.

Unter den gegenwärtig herrschenden Umständen und ohne Aussichten auf eine unmittelbare Lösung stößt die weitere Durchführung dieser Projekte nun jedoch Tag für Tag auf größere Schwierigkeiten; wichtige menschliche und wirtschaftliche Ressourcen, die von verschiedenen Ländern und multilateralen Organisationen zur Verfügung gestellt worden sind, sind zerstört worden.

Im Lichte unserer beruflich bedingten wie auch unserer humanitären Sorge und in Übereinstimmung mit den Postulaten von Charta und Resolutionen der Vereinten Nationen fordern wir Regierungen und multilaterale Organisationen auf, sich mit aller Entschlossenheit für das Streben nach Frieden und Entwicklung in Nicaragua einzusetzen.“

(-/8.7.1986/rs/ks)

* * *

